



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. März 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

A 484 Anfrage Fanaj Ylfete und Mit. über die „vergessenen“ NFA-Ausfälle / Finanzdepartement

Ylfete Fanaj ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Ylfete Fanaj: Ich kann mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden zu sein. Statt die Fragen zu beantworten, lenkt der Regierungsrat mit einer breiten Ausführung davon ab, indem er darlegt, ob es der, die oder das NFA heisst. Er beantwortet die Fragen unzureichend und bringt neue Argumente ins Spiel. Genau diese Kommunikation rund um die Steuer- und Finanzpolitik ist insgesamt nicht kongruent und schafft Unsicherheit. Das wiederum hat zu einem Vertrauensverlust geführt. Ende Jahr erklärte Regierungspräsident Guido Graf, die NFA-Ausfälle seien in der Abstimmungsbotschaft vergessen gegangen. Über dieses Thema muss also gesprochen worden sein, sonst hätte man ja auch nicht vergessen können, darüber zu schreiben. Darum nehme ich an, dass entsprechende Einschätzungen zum NFA vorlagen. In der vorliegenden Antwort auf meine Anfrage heisst es aber, die Datenbasis sei unsicher und unvollständig gewesen. Von „vergessen“ ist nicht mehr die Rede. Was stimmt jetzt? Selbst wenn die NFA-Ausfälle 2008 nicht haben eingeschätzt werden können, warum konnten sie dann auch weder 2011 noch 2014 richtig eingeschätzt werden? Seit Jahren wird erklärt, die Steuerstrategie funktioniere. Trotzdem kam es zu Sparpaketen, und die Steuererhöhung im Jahr 2014 findet in der vorliegenden Antwort keine Erwähnung. Plötzlich war zu vernehmen, dass die Steuerstrategie zwar funktioniere, der NFA aber schuld sei an der momentanen Situation. Immer noch wird erklärt, dass die Steuerstrategie zwar funktioniere, wir aber vor grossen Herausforderungen stünden. Die Lücke sei zudem auf die fehlenden SNB-Gelder zurückzuführen. Die Antwort zu Frage 3 hat mich sehr verwundert. Auf meine Fragen, ob Expertisen erstellt wurden, heisst es „nach unserem Wissen nicht“. Wer anders als der Regierungsrat sollte es dann wissen? Es ist symptomatisch für die Steuer- und Finanzpolitik des Kantons Luzern, dass immer wieder neue Argumente ins Spiel gebracht werden. Wenn doch alles so gut funktioniert, sollte die Regierung wenigstens ohne Widersprüche kommunizieren und nicht immer wieder neue Unsicherheiten schaffen.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion erachtet die Antwort des Regierungsrates als korrekt. Die Unsicherheit wird nicht durch die Regierung gefördert, sondern indem ständig über die Vergangenheit diskutiert, alles schlecht geredet und nach einem Schuldigen gesucht wird. Es ist aber nicht die Regierung, die nach einem Schuldigen sucht. Den Finanzausgleich zu berechnen, ist schwierig, sei es für eine Gemeinde, die den kantonalen Finanzausgleich berechnen muss, oder für den Kanton, der den nationalen Finanzausgleich berechnen muss. Diese Berechnungen müssen jedes Jahr neu gemacht werden, und dass es dabei zu Abweichungen kommen kann, ist verständlich. Der Kanton kann diese Zahlen auch nicht einfach selber berechnen, sondern sie hängen mit der Entwicklung der anderen Kantone

zusammen. Es gibt andere Kantone mit erheblichen Problemen, was wiederum Auswirkungen auf den Kanton Luzern hat. Selbstverständlich kann man nun sagen, dass man sich für ein anderes Szenario hätte entscheiden sollen. Aber aufgrund der heutigen Tatsachen Entscheide aus der Vergangenheit zu kritisieren, ist zu einfach und auch keine Politik.

Monique Frey: Zu diesem Thema gibt es vier Varianten. Erstens: Man hat vergessen, genauer auf die Auswirkungen des nationalen Finanzausgleichs zu achten. Zweitens: Man wollte den Finanzausgleich zwar berücksichtigen, hatte aber keine verlässlichen Informationen über seine Entwicklung. Drittens: Man hatte verlässliche Informationen, aber vergessen, diese zu integrieren und zu veröffentlichen. Viertens: Man hatte zwar verlässliche Informationen, diese aber bewusst nicht veröffentlicht. Mit der vorliegenden Antwort auf die Anfrage ist die Aussage des Regierungspräsidenten Guido Graf, dass die NFA-Ausfälle vergessen gegangen seien, wieder relativiert worden. Es ist wohl nichts vergessen gegangen, aber der Durchblick hat gefehlt. Das tönt nach einer Blackbox. Auch der Anfang 2008 eingeführte nationale Ressourcenausgleich glich mehr einer Blackbox als einer Strategie. Es scheint keine aktuellen Berechnungen zu den Auswirkungen auf die Kantone gegeben zu haben. Eigentlich ging es aber nicht nur um die NFA-Ausfälle, sondern auch um die Gewinneinbrüche bei der Nationalbank. Für die Grünen war der Zeitpunkt der Steuersenkung, nämlich mitten in einer globalen Finanzkrise, nicht opportun. Wir haben damals unsere Vorbehalte klar angemeldet und die Revision abgelehnt. Ich bin erstaunt, von Armin Hartmann zu hören, dass im Nachhinein ein anderes Szenario hätte gewählt werden können. Das zeigt aber, dass er die ganze Strategie kritisch betrachtet, und ich hoffe, er unterstützt uns bei einer Neugestaltung der Steuerstrategie.

Michèle Graber: Die Regierung macht es sich mit ihrer Antwort etwas einfach und versteckt sich hinter Unwissen. Die Auswirkungen seien zu wenig bekannt gewesen, und die Auszahlungen seien abhängig von der Entwicklung der anderen Kantone. Es stimmt zwar, dass die genauen Beträge nicht im Voraus bekannt waren. Tatsache ist aber, dass der Mechanismus bekannt war, wie der NFA funktioniert. Es hätte deshalb bekannt sein sollen, dass mit so tiefen Unternehmenssteuern der Rückgang der Auszahlungen grösser hätte sein können als die zusätzlichen Steuereinnahmen, vor allem wenn man an den Erfolg der Steuerstrategie geglaubt hat. Es war aber auch bekannt, dass die Abnahme der Ausgleichszahlungen am Anfang hoch ist und progressiv verläuft. Erst wenn der Kanton ressourcenstark ist, kann mit einem positiven Ergebnis gerechnet werden. Zudem war bekannt, dass der Ressourcenausgleich auf Bemessungsgrundlagen früherer Jahre basiert. Eine erfolgreiche Strategie hat zuerst positive Auswirkungen, also höhere Unternehmensgewinne, ohne dass diese Auswirkungen auf den NFA haben. Der starke Rückgang der NFA-Gelder folgt erst vier bis sechs Jahre später. Sowohl die Regierung als auch unser Rat haben es verpasst, diese Tatsache positiv zu nutzen und allfällige Reserven anzulegen. Meiner Meinung nach ist es unbefriedigend, dass die Antwort zu Frage 6 nicht mit Zahlen untermauert wird. Somit stehen die Aussagen der Regierung in einem luftleeren Raum und sind kaum nachvollziehbar.

Urban Frye: Wenn ich es richtig verstanden habe, so hat der Finanzausgleich nichts mit der Höhe der Steuern zu tun, sondern mit der Wirtschaftskraft eines Kantons. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist die Wirtschaftskraft des Kantons Luzern besser geworden. Bei einem guten Risikomanagement hätte die Regierung dieses Risiko eigentlich erkennen sollen. Jetzt geht es um die Interpretation. Haben die tiefen Steuern tatsächlich einen direkten Zusammenhang mit der Stärkung der Wirtschaftskraft des Kantons, oder haben nicht vielmehr andere Faktoren eine Rolle dabei gespielt? Je nach Interpretation hätte der Finanzdirektor das Risiko erkennen müssen. Ich würde es begrüßen, wenn die Regierung diesbezüglich eine vertiefte Analyse vornehmen würde. Eine Befragung der Unternehmen allein reicht dazu aber nicht aus.

Giorgio Pardini: Im Nachhinein ist man immer schlauer. Die linken Parteien haben aber ihre Bedenken gegen die Steuerstrategie schon immer angebracht. Die Regierung hat damals eigentlich die Prüfung der Reduktion der Unternehmensgewinnsteuern und nicht die

Einführung verlangt. Der damalige Kommissionspräsident der WAK, Leo Müller, hat auf die möglichen negativen Auswirkungen einer Reduktion hingewiesen. Schlussendlich hat die CVP den Entscheid aber durchgeboxt. Die Regierung wusste also damals mit grösster Wahrscheinlichkeit, dass der NFA eine Rolle spielen wird.

Armin Hartmann: Monique Frey hat meine Aussage falsch wiedergegeben. Ich habe erklärt, dass die prognostizierten NFA-Zahlungen nicht korrekt gewesen seien, von einer falschen Strategie habe ich nicht gesprochen. Weder die Regierung noch unser Rat konnten damals die Auswirkungen kennen, denn das Gesamtwachstum aller Kantone konnte nicht vorausgesagt werden.

Guido Roos: Aus heutiger Sicht wurden bei der Einführung der Steuerstrategie die Auswirkungen des NFA klar unterschätzt. Hätte man diese Auswirkungen voraussehen können? Beim Verfassen der Botschaft im Jahr 2008 waren die Auswirkungen des NFA noch unklar. Die Frage, ob man aus heutiger Sicht die Steuergesetzrevision nochmals vornehmen würde, ist müssig. Wie die Regierung in ihrer Antwort schreibt, gab es in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts dringenden Handlungsbedarf. Darum hat sich der Kanton für den eingeschlagenen Weg entschieden. Nun gilt es in die Zukunft zu blicken; die heute beschlossene massvolle Feinjustierung der Steuerstrategie ist ein erster Schritt in diese Richtung.

David Roth: Ich zitiere aus einem Votum von Felicitas Zopfi aus dem Jahr 2009: „Eine weitere Steuergesetzrevision zu beschliessen, bevor die vorhergehende abgeschlossen ist, ist schon an sich ungewöhnlich und finanzpolitisch ziemlich gewagt. Bekannt ist, dass die Zahlen des NFA noch nicht bereinigt sind. Klar ist einzig, dass der Kanton Luzern mit kleineren Beiträgen rechnen müsste, als er erwartet.“ Diese Tatsache war also allen bekannt, die sich damit befasst haben. Die genaue Zahl hängt tatsächlich von der Entwicklung der anderen Kantone ab. Es war aber klar, dass es Auswirkungen haben wird. Den Fehler auf die damalige Regierung zu schieben, ist einfach. Im Gegensatz zu dieser Regierung hat sich der amtierende Regierungspräsident und damalige Kantonsrat Guido Graf für die tiefen Unternehmenssteuern eingesetzt. Die möglichen Auswirkungen waren also damals schon bekannt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ausgangslage dieses Vorstosses ist die vermeintliche Aussage von Regierungspräsident Guido Graf in der Zeitung. Die Zeitung wollte wissen, ob die Regierung die möglichen NFA-Ausfälle absichtlich verschwiegen habe. Die Antwort des Regierungspräsidenten lautete: „Sicher nicht.“ Daraus zu schliessen, dass die Regierung die NFA-Ausfälle vergessen habe, ist sehr gewagt. Um die Anfrage gut zu beantworten, habe ich mir die Mühe genommen, die Bundesbotschaft, die damalige Steuergesetzbotschaft, die NFA-Botschaft, die damaligen IFAP und die damaligen Kommissions- und Ratsprotokolle zu lesen. In diesem Rat wurde nie über den neuen Finanzausgleich diskutiert, da immer bekannt war, dass die Neuaufteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen zu massiven Veränderungen führen wird. Damals konnte der Bund nicht einmal sagen, wie viele Geber- und Nehmerkantone es gibt. Die damalige Botschaft ist von anderen Annahmen ausgegangen. Der Ressourcenausgleich wurde am 1. Januar 2008 eingeführt. Im selben Jahr haben wir die entsprechende Botschaft verabschiedet, und 2009 hat das Parlament darüber befunden. Zu diesem Zeitpunkt konnte man noch nicht sagen, wie sich diese Zahlen verändern werden. Damals gab es auch noch keine Prognosen von BAK Basel. Im Moment sind diese Zahlen relativ stabil, und die Prognosen von BAK Basel stimmen. Ende Monat erscheint die Vorlage zur Steuergesetzrevision 2017 (SV17). Zudem erscheint aufgrund der Arbeitsgruppe Marty ein Wirksamkeitsbericht des NFA. Die Kombination kann noch nicht abgeschätzt werden; es kommt also vielleicht wieder eine Phase, in der die Zahlen unsicher sind. Natürlich sind wir uns bewusst, dass die Steuern nicht das alleinige Merkmal sind, dafür brauchen wir aber nicht extra eine Analyse in Auftrag zu geben, so wie es Kantonsrat Urban Frye verlangt hat. Zu diesem Thema erscheinen jährliche Studien der Crédit Suisse oder der UBS, welche die jeweils gleichen Standortfaktoren wie etwa Bauland, Arbeitnehmende, Bildung und Steuern beinhalten. Beim Studium aller Unterlagen ist mir aufgefallen, dass

sogar in der Volksbotschaft kein einziger Satz zu diesem Thema zu lesen war, selbst vom Referendatskomitee nicht. So klar, was sich wie bewegt, war es damals eben doch nicht.